

**Pressemitteilung**  
28. September 2016

Gerechte Rente – aber wie?

## **Raffelhüschen: Es drohen 27 Prozent Rentenbeitrag**

**In den Parteien werden bereits erste Renten-Wahlversprechen formuliert und die Gewerkschaften fordern kostspielige Rentenerhöhungen. Aber würde ein höheres Rentenniveau tatsächlich gezielt und effizient Altersarmut verhindern? Und was würde das die Beitragszahler kosten? In Berlin diskutierten heute Rentenexperten von Union und SPD mit dem Demografie- und Sozialversicherungsforscher Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen.**

Berlin – Sollte die Politik der Forderung nach einem höheren Rentenniveau nachgeben, würde sie künftige Beitragszahler einseitig belasten. Das zeigen Schätzungen des Rentenexperten **Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen** (Albrecht-Ludwigs-Universität Freiburg): „Wer die Beibehaltung des heutigen Rentenniveaus fordert, beseitigt keine Altersarmut, sondern belastet einseitig zukünftige Generationen. Ab 2040 müssten die Beitragszahler voraussichtlich fast 27 Prozent ihres Einkommens in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen. Profitieren würden Rentner, die im Durchschnitt nur 20 Prozent gezahlt haben.“

Raffelhüschen diskutierte bei einer Veranstaltung der **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)** mit den Rentenexperten von CDU und SPD, **Jens Spahn MdB** (parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium) und **Prof. Dr. Karl Lauterbach MdB** (stellv. Fraktionsvorsitzender). Dabei wurde deutlich, dass das Thema Rente einer der zentralen Streitpunkte im Bundestagswahlkampf 2017 werden könnte. **Spahn**: „Wir haben die Rente für eine älter werdende Gesellschaft fit gemacht. Diesen Grundkonsens dürfen wir nicht aufgeben. Gerade in einem Jahr, in dem die Renten so stark steigen wie lange nicht, sollten wir uns über gezielte Verbesserungen unterhalten und nicht Rentenpolitik mit der Gießkanne betreiben. Das hilft niemandem.“

**Lauterbach** kritisierte indirekt die Diskussion um einen späteren Rentenbeginn: „Ich kann die Finanzierungsprobleme der Rente nicht damit lösen, dass die Menschen die Rente gar nicht mehr erleben. Die Finanzierung der Renten muss den Prinzipien der Solidarität und der Parität entsprechen. Langfristiges Ziel ist der Umbau der Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung für alle, in die auch Abgeordnete, Freiberufler, Selbständige und Beamte einzahlen.“

**Raffelhüschen** verwies darauf, wer für das Schrumpfen der Erwerbsbevölkerung verantwortlich sei und argumentierte aus Sicht künftiger Beitragszahler: „Dafür, dass ihr, die Rentner, so viele seid – dafür können wir doch nichts. Dafür aber, dass wir so wenige sind, dafür könnt ihr was. Das habt ihr doch selbst verursacht.“ Sein Fazit: „Halten wir im Sinne der Generationengerechtigkeit doch bitte die Beiträge konstant und passen das Rentenniveau entsprechend der Fertilitätsleistung der jeweiligen Generationen an!“

**Hubertus Pellengahr**, Geschäftsführer der INSM, wies darauf hin, dass die Warnung vor sinkenden Renten jeglicher Grundlage entbehre: „Auch in Zukunft werden die Renten weiter steigen – lediglich nicht mehr ganz so deutlich wie die Löhne. Eine Rentensenkung ist sogar gesetzlich ausgeschlossen. Die Rentner des Jahres 2030 werden sich daher mehr leisten können, als die jetzigen Rentner. Und das ist gut so.“

**Fotos der Veranstaltung sowie ein Video-Interview mit Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen finden Sie ab ca. 14:30 Uhr unter [www.insm.de](http://www.insm.de).**

Pressesprecher INSM: Florian von Hennet, Tel. 030 27877-174; [hennet@insm.de](mailto:hennet@insm.de)

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektro-Industrie finanziert.